

Außenansicht

Deutschland fehlen bis zum Jahr 2030 gegenüber heute sechs Millionen Arbeitskräfte, so die neuesten Prognosen der Bundesagentur für Arbeit. Ein solch drastisches Schrumpfen des Arbeitskräftepotentials bremst das Wachstum und die Innovationsdynamik; der drohende Rückgang der Bevölkerung – bis 2030 auf etwa 77 Millionen, bis 2060 auf 65 Millionen – gefährdet darüber hinaus auch die Finanzierungsgrundlagen unserer sozialen Sicherung. Allein die Verschiebung der Altersstruktur wird unseren Staat bis zum Jahr 2020 mit 70 Milliarden Euro zusätzlich belasten.

Deutschland demographiefest zu machen ist somit eine zentrale gesellschaftlichen Reformaufgabe der Zukunft. Dazu brauchen wir insbesondere ein modernes Zuwanderungskonzept. Doch in Deutschland gilt seit dem Anwerbestopp im Jahre 1973 trotz aller anderslautenden Rhetorik: Wir sind kein Einwanderungsland.

Beispielhaft für die jahrzehntelangen Versäumnisse und Fehleinschätzungen ist die Osterweiterung der Europäischen Union. Während andere Länder im Westen ihre Grenzen schon 2004 erfolgreich für die EU-Nachbarn im Osten geöffnet haben, tat Deutschland dies erst mit langjähriger Verzögerung zum 1. Mai 2011. Jetzt ist das Erstaunen groß, dass von dort kaum jemand auf unseren leergefeierten Arbeitsmarkt kommt. Die Netto-Zuwanderung aus Osteuropa nach Deutsch-

Außenansicht

Die Blaue Karte ist erst der Anfang

Wie eine Einwanderungspolitik aussehen könnte, die Deutschlands Zukunft sichern hilft

Von Klaus Zimmermann

land betrug in den ersten fünf Monaten der neuen Freizügigkeit knapp 37 000. Danach nahmen die Zahlen noch weiter ab. Die ohnehin vorsichtigen Prognosen werden damit deutlich unterschritten.

Weltweit hat Deutschland das Negativimage einer geschlossenen Gesellschaft, einer Festung. Doch stereotype Behauptungen, Arbeitsmigranten könnten einheimische Jobs verdrängen und die Sozialsysteme missbrauchen, sind vielfach widerlegt. So weist eine aktuelle Studie des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) nach, dass staatliche Leistungen wie Arbeitslosenunterstützung die Entscheidungen potentieller Zuwanderer kaum beeinflussen. Im Gegenteil: Die meisten sind gut ausgebildet, wollen arbeiten und stützen die sozialen Sicherungssysteme.

Qualifizierte Zuwanderer schaffen direkt und indirekt Arbeitsplätze und Einkommen für Einheimische und sorgen so für mehr Einkommensgleichheit. Nach IZA-Berechnungen würde zum Beispiel die zusätzliche Arbeitsmarktteilnahme von 500 000 qualifizierten Zuwanderern pro Jahr den öffentlichen Haushalten jährliche Mehreinnahmen von bis zu 20 Milliarden Euro einbringen. Soweit wir unter Migranten einen höheren Anteil von Arbeitslosen oder Problemgruppen feststellen, hängt dies mit einer falschen Migrationspolitik, einer fehlenden Zuwanderungssteuerung und mangelnder Integration dieser Gruppen zusammen. Sie sind das Ergebnis einer falschen Steuerung der Einwanderung.

Jetzt hätte Deutschland die große Chance für eine grundlegende Korrektur

seiner bisherigen Abschottungspolitik durch eine großzügige Umsetzung der EU-„Blue Card“ vom Mai 2009 in nationales Recht zum 1. Juli dieses Jahres. Die Brüsseler Richtlinie will mehr hochqualifizierte Fachkräfte von außen nach Europa locken. Doch generell leidet diese „Blaue Karte“ daran, dass nicht zuletzt auf deutsches Betreiben hin – den einzelnen EU-Staaten ein viel zu großer Spielraum bei der Umsetzung der Richtlinie und der Setzung eigener Standards eingeräumt wurde. Die Folge ist, dass Europa als Ganzes nicht als weltaffener, zuwanderungsfreudiger Wirtschaftsraum wahrgenommen wird, sondern als komplizierter, kleinteiliger Flickenteppich.

Vor allem Deutschland ist dabei, auch diese Chance zu verspielen. Berlin will zwar für etwa 60 Berufe vor allem in den mathematisch-naturwissenschaftlichen und Ingenieurbereichen, wo der Fachkräftemangel schon heute am stärksten spürbar ist, die Anwerbung von Spezialisten von außerhalb der 27 EU-Staaten erleichtern. Doch unverändert hält man durch eine Vielzahl von bürokratischen Detailregelungen, Befristungen und Beschränkungen an hohen Zugangsbarrieren auf den deutschen Arbeitsmarkt fest.

Letztlich gibt es eine Niederlassungserlaubnis auch künftig nur unter Vorbehalt. So gelten für Bewerber drei verschiedene Einkommensmindestgrenzen. Auch können Blue-Card-Inhaber erst

nach zwei Jahren sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung dauerhaft in Deutschland bleiben. Diese engen Regelungen – bleibt es beim derzeitigen Gesetzentwurf – werden kaum durchschlagender Erfolg bringen. Selbst die Regierung erwartet allenfalls 3500 neue Arbeitserlaubnisse. Doch alleine für Ingenieure gab es Ende des letzten Jahres in Deutschland 98 300 offene Stellen. Bei Ärzten wie im gesamten Gesundheits- und Pflegebereich sieht es noch dramatischer aus. Die Folgen wird jeder Bürger zu spüren bekommen.

Besser wäre deshalb ein Verzicht auf unnötige Hemmnisse: Für hochqualifizierte Drittstaatenangehörige sollte der freie Zugang einzig und allein vom Nachweis eines Arbeitsplatzangebots abhängig sein. Wenn wir den Standort Deutschland im weltweiten Wettbewerb um das

begehrte „Humankapital“ wirklich attraktiv machen wollen, brauchen wir ein grundlegend anderes Denken, nämlich eine Kultur der Offenheit und des Willkommen.

Zum Beispiel durch örtliche Zuwanderungsbüros, die Arbeitsmigranten beraten bei der Wohnungssuche, bei Fragen etwa der Sozialversicherung oder der Steuer; die Mitarbeiter der Büros sollten auch Partnern und Kindern das Ein gewöhnen erleichtern helfen. Darüber hinaus brauchen wir ein modernes Einbürgerungsrecht: Mit der Genehmigung des Zuwanderungsantrags muss die Perspektive auf Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft verbunden werden.

Gemessen an diesen Handlungsnotwendigkeiten greift die „Blue Card“ zur Lösung der demographiebedingten Herausforderungen deutlich zu kurz. Sie kann in der vorgesehenen Form allenfalls ein Zwischenschritt sein. Was Deutschland braucht, ist eine bedarfsgesteuerte Zuwanderung nach klaren Kriterien. Hierzu hat das IZA das Modell eines Punktesystems entwickelt, das einerseits die erfolgreichen Erfahrungen anderer Länder wie Kanada, Australien aufgreift, aber andererseits unsere spezifischen Gegebenheiten berücksichtigt.

Wie sichern wir Wachstum und Wohlstand auch in einer grundlegend veränderten Demographie? Diese Debatte ist mit der Einführung der „Blue Card“ erst richtig eröffnet.



Klaus Zimmermann, 59, ist Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn. Er berät die Weltbank und die Europäische Kommission in Beschaffungs- und Migrationsfragen.
Foto: IZA